

EU lässt Mehlwürmer als Lebensmittel zu – Pionierinnen im Markt für insektenbasiertes Hundefutter sehen Paradigmenwechsel für die Zukunft der Ernährung

geschrieben von KubickKommunikation | 6. Mai 2021



Die EU setzt ein deutliches Signal für den Übergang zu einer nachhaltigeren Ernährung der europäischen Bevölkerung: Als erste Insekten geben die EU-Staaten getrocknete gelbe Mehlwürmer (*Tenebrio molitor*) offiziell zum Verzehr frei. Dies markiert eine Zäsur – denn bisher fristeten insektenhaltige Lebensmittel ein Nischendasein. In Deutschland wird der Mehlwurm bereits verwendet – zum Beispiel in Hundenahrung: Das brandenburgische Start-Up Tenetrio setzt auf die Insekten als nachhaltige Proteinquelle, die Hunde auf Grund ihres vollständigen Aminosäureprofils und der enthaltenen Vitamine und Mineralstoffe mit allem versorgt, was diese für ein vitales Leben benötigen.

Eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten von Mensch und Tier tut Not: Nach Schätzung der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) werden im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen auf der Erde leben, so dass zusätzliche Nahrungsquellen erschlossen werden müssen

(<http://www.fao.org/3/i3253e/i3253e00.pdf>). Der hohe Fleischkonsum in den Industrieländern auf Kosten der Ernährung der weniger entwickelten Ländern wird dann nicht mehr möglich sein, weil er zu viel Fläche, Wasser und Futter für die ineffiziente Tierhaltung verschlingt und zu hohe Belastungen für die Umwelt bedeutet.

Die artgerechte Zucht von Insekten schont Ressourcen, weil sie im Vergleich zur herkömmlichen Fleischproduktion nur einen Bruchteil an Wasser, Futter und Platz benötigt. „Das liegt daran, dass Insekten keine Energie für die Erhaltung ihrer Körpertemperatur aufwenden und sie all die Kalorien ihrer Nahrung in das eigene Wachstum stecken können. Sie verbrauchen nicht nur weniger Futter, sondern auch viel weniger Wasser als herkömmliche Nutztiere wie Rinder. Zusätzlich scheiden sie kaum Treibhausgase aus und tragen somit weniger zum Treibhauseffekt bei. Da Mehlwürmer zu 100 Prozent verzehrbar sind, ist die Zucht zudem sehr effizient“, erklärt Dr. Ina Henkel, Mitgründerin von Tenetrio.

Weiterhin begrüßt sie die Entscheidung der europäischen Mitgliedsstaaten: „Wir sind sehr froh, dass die politischen Weichen auf Grundlage der wissenschaftlichen Einschätzung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, in Richtung nachhaltige Ernährungszukunft gestellt werden.“ Das sei ein wichtiges Signal für die Insekten-Community, von dem Insektenfarmer und Produzenten insektenbasierter Lebensmittel stark profitieren können. „Langfristig bekämen Insekten als nachhaltige Proteinquelle damit die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt“, so Henkel.

foodwatch fordert gesetzliche Vorgaben für Gesundheit von Nutztieren – massive Probleme in allen Haltungsformen – jedes vierte Tierprodukt stammt von einem kranken Tier

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

Pressemitteilung – Thema: Tierhaltung / Grüne Woche

Berlin, 17. Januar 2018. Im Vorfeld der Grünen Woche hat die Verbraucherorganisation foodwatch eine echte Tier-gesundhaltungswende gefordert: Viele Nutztiere litten unter schweren, vermeidbaren Krankheiten – egal ob in großen oder kleinen Ställen, in der Bio-Tierhaltung teilweise genauso wie in konventionellen Betrieben. foodwatch forderte die nächste Bundesregierung daher auf, gesetzliche Vorgaben für die Gesundheit von allen Nutztieren zu machen. Ziel müsse es sein, dass nur noch Lebensmittel von nachweislich gesunden Tieren in den Handel kommen. Die bisher diskutierten Vorschläge wie etwa ein freiwilliges Tierwohl-Label oder eine 0-1-2-3-Kennzeichnung der Haltungsform wären hingegen keine Lösung. Verbesserungen würden damit höchstens für einen kleinen Teil der Tiere erreicht, Fragen nach der Tiergesundheit würden nur eine untergeordnete Rolle spielen, so foodwatch.

„Angesichts massenhafter Erkrankungen, Schmerzen und Leiden kann von akzeptablem Tierschutz in Deutschlands Ställen keine Rede sein. Die Debatte um Tierhaltung kreist fast nur um formale Haltungsbedingungen wie etwa Platzbedarf oder Ausgestaltung der Ställe – obwohl wissenschaftlich längst erwiesen ist, dass die Tiergesundheit nicht allein von der

Haltungsform beeinflusst wird, sondern entscheidend auch vom Stallmanagement. Es gibt auf manchen Höfen massive Gesundheitsprobleme und auf anderen so gut wie keine – und zwar unabhängig von der Haltungsform oder der Betriebsgröße“, sagte Matthias Wolfschmidt, Internationaler Kampagnendirektor von foodwatch. „Die gesetzlichen Grundlagen reichen offenkundig nicht aus, um Millionen von Nutztieren vor krankmachenden Lebensbedingungen zu schützen. Der Gesetzgeber weigert sich seit Jahren, die betriebsgenaue Erfassung, Auswertung und Verbesserung des gesundheitlichen Tierschutzes anhand klarer Kriterien vorzuschreiben und voranzutreiben.“

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Lebensmittel mit tierischen Zutaten zu einem großen Teil von kranken Nutztieren stammen. Demnach macht mindestens jede zweite Milchkuh einmal im Jahr haltungsbedingte Krankheiten durch, die größtenteils vermeidbar sind. Etwa jeder zehnte Liter Milch stammt von einer Kuh mit entzündetem Euter. Schlachthofbefunden zufolge litten etwa 40 Prozent aller Schweine an haltungsbedingten Krankheiten. Statistisch gesehen war zudem mindestens jedes vierte Hähnchen vorher ein kranker Hahn, wurden vier von zehn Eiern von einer Henne mit Knochenbrüchen gelegt. Als Faustregel müssen Verbraucherinnen und Verbraucher davon ausgehen, dass mindestens jedes vierte Tierprodukt von einem kranken Tier stammt, so foodwatch. Beim Einkauf ist dies allerdings nicht zu erkennen.

Die bisher diskutierten Ansätze kritisierte foodwatch als unzureichend für den im Grundgesetz vorgeschriebenen Tierschutz und als irreführend für die Verbraucherinnen und Verbraucher:

Das angekündigte staatliche **Tierwohl-Siegel** ist aus Sicht von foodwatch inakzeptabel. Nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Beirats von Agrarminister Schmidt könnte ein solches rein freiwilliges Siegel vielleicht 20 Prozent des Marktes abdecken. Für die große Mehrheit aller Nutztiere würde es also keinerlei Verbesserungen geben. Die Bundesregierung

habe gemäß Artikel 20a Grundgesetz aber den verfassungsmäßigen Auftrag, nicht nur für einige, sondern für alle Nutztiere tiergerechte Bedingungen durchzusetzen, so foodwatch.

Ebenso sei die zurzeit diskutierte, an die bekannten Eier-Stempel angelehnte **0-1-2-3-Kennzeichnung** für Fleisch völlig ungeeignet, um Leiden und Schmerzen der Nutztiere nachvollziehbar zu lindern oder zu verhindern, kritisierte foodwatch. Dieser Ansatz ignoriere den Stand der Wissenschaft, wonach es in allen Haltungsformen und allen Betriebsgrößen bisweilen massive tierschutzrelevante Versäumnisse gibt.

Die „Initiative Tierwohl“, an der sich vor allem die großen Handelskonzerne um Edeka, Lidl, Rewe, Aldi und Metro beteiligen, bezeichnete Matthias Wolfschmidt als „schlechten PR-Gag“, mit dem die Unternehmen von ihrer Verantwortung für die inakzeptablen Lebensbedingungen der Nutztiere ablenken wollten. Mit vorwiegend kosmetischen Maßnahmen könnten die Lebensbedingungen für die Tiere nicht substantiell verbessert werden. Den Bäuerinnen und Bauern werde nicht annähernd genügend Geld ausgezahlt, um eine nachweislich tiergerechte Haltung zu erreichen. Stattdessen werde den Verbraucherinnen und Verbrauchern vorgemacht, die Produkte aus den Supermärkten entstammten einer tiergerechten Haltung.

Matthias Wolfschmidt von foodwatch: „Es ist geradezu zynisch, den Eindruck zu erwecken, Siegel oder formale Haltungs-Kennzeichnungen könnten die teils dramatischen Zustände in den Ställen grundlegend verbessern. Das geplante Tierwohl-Label ist genauso wie eine Haltungs-kennzeichnung nur eine Pseudo-Lösung, die eine echte Verbesserung in der Nutztierhaltung eher verhindert. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben für die Erfassung und Verbesserung der Gesundheit von allen Nutztieren. Es ist höchste Zeit für eine Tier-gesund-haltungswende!“

Matthias Wolfschmidt: „Das Schweinesystem – Wie Tiere gequält, Bauern in den Ruin getrieben und Verbraucher getäuscht

werden“, S. Fischer Verlag. 235 Seiten, 18 Euro.

Link:

E-Mail-Aktion von foodwatch für eine Tierhaltungswende:
www.tierhaltungswende.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium zum Thema Nutztierhaltung (März 2015): www.tinyurl.com/ztc8hwn
- Ausgewählte Studien zur Tiergesundheit: www.studien-tiergesundheit.foodwatch.de

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 290

G20 muss Antibiotikamissbrauch in Tierfabriken eindämmen

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

Pressemitteilung Germanwatch

Vor G20-Gesundheitsministertreffen: Germanwatch warnt vor Ausbreitung resistenter Keime und fordert Verbot von Reserveantibiotika in der Tierhaltung

Berlin (18. Mai 2017). Weltweit wird eine doppelt so große Menge an Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt wie zur Behandlung von Krankheiten bei Menschen. Studien prognostizieren einen weltweiten Anstieg des Verbrauchs von

Veterinärantibiotika um 67 Prozent bis zum Jahr 2030. Vor dem morgen beginnenden G20-Gesundheitsministertreffen sieht die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die Regierungen der G20-Staaten in der Pflicht, energisch gegen die Ursachen für den wachsenden Antibiotikaeinsatz in Tierhaltungen vorzugehen. Denn jede Antibiotikagabe im Stall vergrößert das Risiko, dass sich antibiotikaresistente Keime bilden. Diese stellen auch für Menschen ein wachsendes Gesundheitsrisiko dar.

„Das Hauptproblem ist die weltweite Entwicklung weg von bäuerlichen Haltungsformen und hin zu industriellen Massentierhaltungen“, sagt Germanwatch-Agrarexpertin Reinhild Benning. „Viele Tiere auf engem Raum und ohne Auslauf werden in der Regel häufiger krank und haben daher einen deutlich höheren Antibiotikabedarf als in tiergerechteren Haltungsformen wie etwa Weidehaltung. Zudem sind in einigen G20-Staaten noch immer Antibiotika zur Mastbeschleunigung erlaubt.“

Fleisch, das mit Antibiotikaresistenzen belastet ist, stellt einen Übertragungsweg für Resistenzen auf den Menschen dar. Bei staatlichen Kontrollen in Supermärkten wurden auf 66 Prozent des deutschen Masthuhnfleisches Antibiotikaresistenzen gefunden. Rund ein Drittel des deutschen Hühnchenfleisches wird exportiert, teils in Länder, in denen die G20 ein besseres Krisenmanagement gegen Infektionen unterstützen wollen. Reinhild Benning: „Wer ernsthaft die Ausbreitung von Infektionskrankheiten bekämpfen und Gesundheitssysteme verbessern will, darf nicht tatenlos zusehen, wenn bei der Billigfleischproduktion Antibiotika systematisch verschleudert und resistente Keime mit den Fleischexporten global gestreut werden. Bisher fehlt die sorgfältige Abwägung der G20-Gesundheitsminister, was ihnen wichtiger ist: Der bestmögliche Erhalt und ein besserer Zugang zu wirksamen Antibiotika oder der Zugang zu billigem Fleisch zum Vorteil der G20-Fleischindustrie.“

Die G20-Staaten müssten mit gutem Beispiel voran gehen. Die für die Menschen besonders wichtigen Reserveantibiotika – also Wirkstoffe, die erst eingesetzt werden, wenn gängige Antibiotika nicht mehr wirken – dürften in der Tierhaltung nicht mehr eingesetzt werden. In den bisherigen Beschlüssen der G20, die einige Fortschritte zu Antibiotika enthalten, fehlen Regeln zu Reserveantibiotika in Mastanlagen, die den Missbrauch der lebenswichtigen Arzneien beenden. Hier müssen die Gesundheitsminister nachlegen. „Im nächsten Schritt muss die Weltgemeinschaft der Ausweitung der industriellen Tierhaltung und dem damit einhergehenden regelmäßig hohen Antibiotikaeinsatz einen Riegel vorschieben“, so Benning. Germanwatch empfiehlt, die bäuerliche Landwirtschaft mit regional angepassten Tierrassen und heimischen Futtermitteln weltweit als Leitbild für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit zu etablieren.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO warnt, dass ohne rasches politisches Handeln im Jahr 2050 weitaus mehr Menschen an resistenten Keimen als an Krebs sterben werden. In Deutschland sterben bereits derzeit zirka 15.000 Menschen pro Jahr, weil Antibiotika nicht mehr wirken. Regeln, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung deutlich zu senken, könnten vergleichsweise rasch umgesetzt werden, während andere Maßnahmen erheblich mehr gesamtgesellschaftlichen Aufwand benötigten. „Billigfleisch aus industriellen Tierhaltungen ist nur scheinbar billig“, betont Benning. „In Wirklichkeit bezahlen wir das billige Fleisch mit Risiken und erhöhten Kosten für unsere Gesundheit. Wenn Antibiotika wirkungslos werden, sterben weltweit wieder mehr Menschen an Krankheiten, die besiegbar schienen: Tuberkulose, Lungenentzündung oder Malaria.“

Kontakt für Medien:

Reinhild Benning
Germanwatch-Agrarexpertin
mobil: 0175-72 63 779

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Tierwohl-Label greift zu kurz Germanwatch: Neues Label darf Pflichtkennzeichnung für Produkte aus industrieller Tierhaltung nicht ersetzen

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

Germanwatch-Kommentar zur Initiative Tierwohl des
Bundeslandwirtschaftsministeriums

Berlin (19. Jan. 2017). Zur heute vorgestellten Initiative Tierwohl des Bundeslandwirtschaftsministeriums sagt Reinhild Benning, Expertin für Landwirtschaft und Tierhaltung bei Germanwatch: „Tierwohl hört sich gut an, aber das Tierwohl-Label des Bundeslandwirtschaftsministers greift zu kurz. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen kein Tierleid im Stall. Damit sie sich bewusst gegen Produkte aus industrieller

Tierhaltung entscheiden können, müssen diese beim Kauf leicht erkennbar sein. Bisher ist das nur bei Eiern der Fall: Der Handel ist gesetzlich verpflichtet, alle Eier mit Ziffern von 0 für das Bio-Ei bis 3 für das Ei aus Käfighaltung zu kennzeichnen.“

Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland haben – so Germanwatch – mit Hilfe der Pflichtkennzeichnung für Eier das Tierleid in Käfigen weitestgehend abgewählt. „Der Marktanteil für nicht verarbeitete Frischeier aus Käfighaltung liegt gerade noch bei einem Prozent. Das hilft besonders Bauernhöfen anstatt der Agrarindustrie: In Niedersachsen gibt es endlich wieder mehr Hühner haltende Höfe mit kleineren Herden, mehrheitlich in Freiland- und Ökohaltung“, erklärt Benning. „Das Tierwohl-Label ist ein Versuch des Handels, eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für die Haltungsform auf allen Lebensmitteln von Tieren zu verhindern. Das Label ändert nichts daran, dass Konzerne und Discounter weiterhin Billigfleisch massiv bewerben dürfen, oft mit falschen Versprechen wie „Wiesenhof“ und „Bauernglück“, auch wenn die Tiere nie auf der Wiese waren und Bauern ruinöse Preise erhalten. Nur wenn diese legale Irreführung der Verbraucher gestoppt wird, haben Bauernhöfe mit tiergerechterer Haltung und zumeist geringerem Antibiotikaeinsatz eine faire Chance am Markt.“

Verbraucher legten zudem großen Wert darauf, dass Futterimporte für Tierhaltung in Deutschland nicht weiter Ernährungssouveränität und Regenwald in Ländern des Südens gefährdeten. Dies gewährleistete das sechseckige Biosiegel am ehesten. Indem Minister Schmidt nun für das Tierwohl-Label die gleiche Siegel-Kontur für Ökoprodukte und Nicht-Ökoprodukte vorschläge, trage er eher zur Verwirrung als zur Transparenz für Verbraucher bei.

Der Bundesrat hatte bereits im Jahr 2014 Vorschläge für eine Pflichtkennzeichnung auf den Weg gebracht, die von Bundesverbraucherminister Christian Schmidt bislang jedoch

nicht konstruktiv aufgegriffen würden. Germanwatch fordert den Bundesrat auf, das Engagement für die Pflichtkennzeichnung mit mehr Nachdruck fortzusetzen, damit diese spätestens mit einer neuen Bundesregierung Ende des Jahres umgesetzt gesetzt werden kann.

Kontakte für Medien:

Reinhild Benning

Tel.: 030/2888 356-82

mobil: 0175/726 37 79

Stefan Küper

Pressesprecher

(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

**Reserveantibiotika in der
Tierhaltung: Umetikettierung**

von Wirkstoffen behebt keine Missstände Germanwatch warnt vor Gesundheitsgefahr für Menschen: Mehr Resistenzen gegen Notfall-Antibiotika drohen – Widerstand der Länder gefordert

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin (18. Jan. 2017). Das Bundeslandwirtschaftsministerium plant offenbar zwei Antibiotikaklassen von der Liste der sogenannten Reserveantibiotika zu streichen. Damit würde sich auch das Risiko für Menschen vergrößern, dass sich gegen diese Antibiotika resistente Keime bilden, warnt die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Denn diese Arzneimittel könnten dann in deutlich größerem Umfang in der Tierhaltung eingesetzt werden. Reserveantibiotika werden von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „besonders wichtig“ für die Humanmedizin angesehen, da sie eingesetzt werden wenn herkömmliche Antibiotika nicht mehr wirken.

Das Landwirtschaftsministerium hatte im September ein Eckpunktepapier mit strengeren Regeln für den Einsatz von besonders wichtigen Reserveantibiotika in der Tierhaltung vorgelegt und angekündigt, den Verbrauch dieser Arzneimittel im Stall zu verringern. Diesen Schritt in die richtige Richtung droht Landwirtschaftsminister Schmidt nun auszuhebeln, indem er schlicht zwei Antibiotikaklassen von der Liste der sogenannten Reserveantibiotika streichen will. Germanwatch-Agrarexpertin Reinhild Benning: „Damit riskiert

der Verbraucherschutzminister, dass diese Mittel im Stall nach Gutdünken der Tierärzte, ohne Wirksamkeitstests und ohne Limit eingesetzt werden und somit zunehmend resistente Bakterien entstehen. Antibiotikaresistenzen gegen diese Mittel bergen große Gesundheitsgefahren für Menschen, insbesondere auch für Kinder, die auf die Wirksamkeit dieser Notfall-Antibiotika angewiesen sind. Der jüngste Fall einer Patientin in den USA, die nach dem erfolglosen Einsatz von 26 Antibiotika an einem multiresistenten Keim starb, zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, der Wirksamkeit von Antibiotika absolute Priorität zu geben.“

Germanwatch: Plan des Landwirtschaftsministers verstößt gegen UN-Vorgaben

Anlässlich der heute beginnenden Agrarminister-Konferenz von Bund und Ländern fordert Germanwatch die Länder auf, die Pläne des Landwirtschaftsministeriums im Bundesrat zu stoppen und die Gesundheitsgefährdung durch Missbrauch von Reserveantibiotika im Stall entschieden zu bekämpfen. Aus Sicht von Germanwatch verstößt der Plan des Landwirtschaftsministeriums auch gegen den UN-Leitsatz „Eine Gesundheit für Mensch und Tier“ (One-Health-Ansatz). Im Rahmen dieses Ansatzes habe die Weltgesundheitsorganisation WHO die Autorität, Antibiotikawirkstoffe als „besonders wichtig“ für den Menschen einzustufen. Die einzelnen UN-Staaten sind laut WHO gehalten, für ihren jeweiligen humanmedizinischen Bedarf gegebenenfalls Arzneimittel zu der nationalen Liste dieser Wirkstoffe hinzuzufügen, nicht aber von der UN-Liste zu streichen, so wie es das Landwirtschaftsministerium plane.

Kontakte für Medien:

Reinhild Benning
Germanwatch-Agrarexpertin
mobil: 0175-726 37 79
benning@germanwatch.org

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u.)

–
Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Wie krank sind unsere Nutztiere wirklich? – TERMIN- ERINNERUNG: PRESSEKONFERENZ AM 22.09. UM 10:00 UHR!

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

TERMIN-ERINNERUNG: PRESSEKONFERENZ AM 22.09. UM 10:00 UHR!

Einladung zur Pressekonferenz

Wie krank sind unsere Nutztiere wirklich? Analyse und Wege zu einer tiergerechten Haltung – Vorstellung des Buchs „Das Schweinesystem. Wie Tiere gequält, Bauern in den Ruin getrieben und Verbraucher getäuscht werden“

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Haltungsbedingungen von Nutztieren wird derzeit intensiv debattiert. Meist geht es darum, wie viel Platz Tiere brauchen oder wie Ställe ausgestaltet werden sollten. Minister wie Handelskonzerne versprechen „mehr Tierwohl“. Doch über die Gesundheit der Tiere spricht praktisch niemand. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wissen nicht, dass ein großer Teil der „gesunden“ Lebensmittel, die sie im Supermarkt kaufen, von Nutztieren stammt, die unter teils massiven Krankheiten leiden. Nicht, weil die Tierhalter alle Tierquäler sind – sondern weil wir ein System der Tierhaltung haben, in dem vor allem mächtige Handelskonzerne einen ruinösen Preisdruck erzeugen, den die Tiere mit vermeidbarem Leiden bezahlen müssen.

Für sein neues Buch „Das Schweinesystem. Wie Tiere gequält, Bauern in den Ruin getrieben und Verbraucher getäuscht werden“ hat der Veterinär und stellvertretende foodwatch-Geschäftsführer Matthias Wolfschmidt wissenschaftliche Studien ausgewertet, um eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie krank sind unsere Nutztiere wirklich?

Die Auswertung, das Buch und einen Vorschlag, wie das „Schweinesystem“ durch eine tiergerechte Haltung abgelöst werden kann, stellen wir Ihnen vor in einer Pressekonferenz, zu der wir Sie herzlich einladen.

Termin: Donnerstag, den 22. September 2016, 10.00 Uhr

Ort: Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz,
Schiffbauerdamm 40 / Ecke Reinhardtstraße 55, 10117 Berlin

mit:

- Matthias Wolfschmidt, stellv. foodwatch-Geschäftsführer und Autor von „Das Schweinesystem“
- Bernhard Barkmann, Landwirt und Blogger

– Dr. Andreas Striezel, praktischer Tierarzt

Für eine Rückmeldung, ob wir mit Ihrem Kommen rechnen dürfen, wären wir Ihnen zur besseren Planung sehr dankbar – formlos telefonisch unter (0 30) 24 04 76 – 290 oder per Mail an presse@foodwatch.de.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Rücker

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Richtlinienänderung in der Mitgliederversammlung Biokreis beschließt aktualisierte Medikamentenliste für die Tierhaltung

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021

PRESSEMITTEILUNG

Passau, 18.03.2016: Der ökologische Anbauverband Biokreis e.V. hat am 11. März seine jährlich stattfindende Mitgliederversammlung in Hohenbercha (Landkreis Freising) abgehalten. Dabei beschlossen Landwirte, Verarbeiter und Verbraucher gemeinsam unter anderem eine Änderung des Anhangs IX der Biokreis-Richtlinien, der eine Liste mit

anwendungsbeschränkten und verbotenen Medikamenten in der Tierhaltung enthält. Biokreis Landwirte sind dazu angehalten, die anwendungsbeschränkten Medikamente möglichst nicht einzusetzen. Dennoch ist die Verabreichung bei Alternativlosigkeit und Begründung und Dokumentation durch den behandelnden Tierarzt möglich. Anwendungsverbotene Medikamente hingegen dürfen keinesfalls eingesetzt werden und sind mit Sanktionen und einer Aberkennung der Produkte als Biokreis-Ware verbunden.

Tierarzt muss Kenntnisnahme bestätigen

„Unser Ziel war es, die Verfahren zur Medikamentengabe in der Tierhaltung klar und transparent zu kommunizieren und sowohl für Kontrollstellen als auch für Landwirte, Verarbeiter und Verbraucher nachvollziehbar zu machen“, sagt Biokreis-Geschäftsführer Josef Brunnbauer. Ein wichtiger Aspekt der Richtlinienänderung ist es, dass der Tierarzt die Kenntnisnahme der Liste durch seine Unterschrift bestätigen muss. Die Verbotensliste wurde auf drei Wirkstoffe reduziert, die teilweise krebserregende, mutationsauslösende oder andere gewichtige Nebenwirkungen haben. Festgehalten wurde in der Mitgliederversammlung auch, dass die Medikamentenliste ständig aktualisiert werden muss.

Neue Besetzung im Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung wurde außerdem ein neuer Verbrauchervertreter des Vorstands gewählt. Helmut Prenzyna aus der Oberpfalz wird künftig die Verbraucherseite im Vorstand vertreten. Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Franz Strobl (Bayern) sowie Gottfried Erves (NRW), Niko Gottschaller (Bayern), Michael Mack (Baden- Württemberg) und Gerhard Hoffmann (Rheinland-Pfalz) bilden sie künftig das oberste Gremium des Biokreis e.V.

Kontakt:

Ronja Zöls

Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit
zoels@biokreis.de
Biokreis e.V.
Stelzlhof 1
94034 Passau
Tel: 0851/75650-0

Biokreis – Wir machen Bio lebendig! Rund 1000 Landwirte und 120 Verarbeiter wirtschaften bundesweit nach unseren Richtlinien. Auch 200 Verbraucher gehören zu unseren Mitgliedern. Gemeinsam gestalten wir kreativ und konsequent ökologischen Landbau. Wir stehen seit 1979 für regionale, vertrauensvolle Netzwerke, Tierwohl, handwerkliche Lebensmittelverarbeitung und treten basisdemokratisch mit neuen Ideen, politischer Arbeit und wirksamer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für unsere ganzheitliche Vorstellung von Ökolandbau sowie dessen Weiterentwicklung ein.

Eklatante Missstände in der Legehennenhaltung: Verbraucher finden kein garantiert tiergerecht produziertes Ei im Handel – foodwatch fordert Tierhaltungswende

geschrieben von Andreas | 6. Mai 2021
Pressemitteilung – Thema: Tierhaltung/Eier/Legehennen

Berlin, 21. Mai 2015. Ob Käfig-, Bodenhaltungs-, Freiland- oder sogar Bio-Ei: Keine Haltungsfom garantiert die tiergerechte Haltung von Legehennen. Hohe Krankheits- und Sterberaten, Verhaltensstörungen wie Federpicken oder Kannibalismus und das millionenfache Töten männlicher Küken sind in allen Haltungsfomen an der Tagesordnung. Verbraucher haben keine Möglichkeit, sich beim Einkauf für ein garantiert tiergerecht erzeugtes Ei zu entscheiden. Das ist das Fazit des Reports „Ich wollt‘, ich wär‘ kein Huhn“ über die Zustände in der Legehennenhaltung, den die Verbraucherorganisation foodwatch heute in Berlin vorgestellt hat.

foodwatch spricht sich – über die Legehennenhaltung hinaus – für eine grundlegende Tierhaltungswende aus. Das Ziel: Nur noch solche tierischen Lebensmittel dürfen in den Handel kommen, die nachweislich tiergerecht erzeugt wurden. Daher müsse die Europäische Union erstmals verbindliche Zielvorgaben für die Tiergesundheit festlegen und die bestmögliche Haltungsfom als Standard für alle Nutztiere vorschreiben.

Dass die Verbraucher bei frischen Eiern anhand der Kennzeichnung zwischen Käfig-, Boden-, Freiland- oder Biohaltung entscheiden können, reicht nach Auffassung von foodwatch bei weitem nicht aus, um Tiergerechtigkeit durchzusetzen. Studien zeigen: Die Gesundheit der Hennen hängt nicht nur von der Haltungsfom ab, sondern mindestens ebenso stark vom Betriebsmanagement. Wie gesund die Legehennen sind, wird derzeit weder systematisch überprüft noch gibt es Vorgaben für die Halter. Ob die Hennen unter haltungsbedingten Krankheiten oder Verhaltensstörungen leiden müssen, wissen die Verbraucher beim Einkauf nicht.

„Die Verbraucher können anhand der Kennzeichnung zwar zwischen verschiedenen Haltungsfomen wählen, aber nicht gezielt Eier von gesunden Hennen kaufen. Ein nachweislich tiergerecht erzeugtes Ei können sie im Handel nicht erkennen. Weder die Haltungsfom noch freiwillige Siegel und Initiativen gewährleisten, dass die Halter ihre Tiere auch gesund halten

und optimal betreuen“, kritisierte Luise Molling, Expertin für Tierhaltung bei foodwatch. „Das Wohlergehen der Tiere darf nicht von den Kaufentscheidungen Einzelner abhängen. Eine Tierhaltungswende bedeutet: Der Gesetzgeber muss die bestmögliche Haltungsform als Mindeststandard vorschreiben und erstmals verbindliche Vorgaben für die Tiergesundheit machen.“ Es sei nicht tragbar, so Molling, dass es für die Gesundheit der Tiere bislang weder Vorgaben noch eine systematische Kontrolle gibt.

foodwatch startete heute eine E-Mail-Aktion an Bundesagrarminister Christian Schmidt. Unter www.tierhaltungswende.de können Bürger die Bundesregierung auffordern, sich auf EU-Ebene für eine echte Tierhaltungswende und verbindliche Vorgaben für die Tiergesundheit einzusetzen.

Professor Tobias Stoll, Direktor der Abteilung für internationales Wirtschafts- und Umweltrecht des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen, bestätigte in einem Gutachten, dass die Forderungen von foodwatch europarechtlich umsetzbar sind und auch das internationale Handelsrecht dem nicht grundsätzlich im Wege steht. „Die EU ist politisch für die Verbesserung des Tierschutzes zuständig und sogar dazu rechtlich verpflichtet“, erklärte Professor Stoll. Er verwies darauf, dass der Tierschutz Teil der europäischen „Verfassung“ sei – so heißt es im Grundlagenvertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, Artikel 13): „Bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung (...)“.“

Aus Sicht von foodwatch ist die EU angesichts der Zustände in der Tierhaltung zum Handeln verpflichtet. Luise Molling: „Wenn wir uns dafür entscheiden, Tiere für die Lebensmittelproduktion zu halten, dann schulden wir jedem einzelnen eine tiergerechte Behandlung. Wir müssen die Tiere

vor dem Wettbewerb schützen, anstatt den Wettbewerb weiter auf dem Rücken der Tiere auszutragen.“ In Zukunft müssten sich Verbraucher darauf verlassen können, dass alle im tierischen Lebensmittel im Handel garantiert tiergerecht erzeugt wurden. Für nicht tiergerecht erzeugte Produkte forderte foodwatch ein europaweites Vermarktungsverbot. Damit wäre sichergestellt, dass in Zukunft nicht Billig-Importe von außerhalb der EU die tiergerecht hergestellten Produkte europäischer Anbieter verdrängen können.

Die Tierhaltungswende muss nach foodwatch die Ansprüche der Nutztiere in den Mittelpunkt stellen, denen sich Wettbewerb sowie Gewinn- und Verbraucherinteressen unterordnen müssen. Deshalb fordert foodwatch konkret:

1. Eine möglichst tiergerechte Haltungsform muss Mindeststandard werden. Die Tierhaltung wird den Bedürfnissen der Nutztiere angepasst – und nicht länger die Tiere an die Haltung. Die EU muss entsprechende Vorgaben (Inputkriterien) gemäß dem jeweils aktuellen wissenschaftlichen Stand vorschreiben.

2. Die EU muss erstmals Zielvorgaben für die Tiergesundheit in jedem Betrieb vorschreiben. Dazu legt sie überprüfbare Outputkriterien (z.B. bei Legehennen: Sterblichkeitsrate, Gefieder- und Fußballenzustand, Kammfarbe, Verhalten, Parasitenbefall, etc.) fest.

3. Das Kontrollsystem muss effizient und transparent werden. In jedem Betrieb wird die Einhaltung von Input- und Outputvorgaben systematisch und unabhängig überwacht. Alle Kontrollergebnisse werden veröffentlicht.

4. Verstöße werden konsequent geahndet: Hält ein Betrieb die Input- und Output-Vorgaben dauerhaft nicht ein, darf er seine Produkte nicht vermarkten. Bei jedem tierischen Lebensmittel im Handel muss gewährleistet sein, dass die formalen Vorgaben für die Haltungsbedingungen und die Zielvorgaben für die

Tiergesundheit im Betrieb erfüllt wurden.

Link:

– E-Mail-Aktion: www.tierhaltungswende.de

– Report „Ich wollt‘, ich wär‘ kein Huhn“:
www.legehennen-report.foodwatch.de

Redaktioneller Hinweis:

Bildmaterial, 0-Töne etc.:
www.tierhaltung-downloads.foodwatch.de

Pressekontakt:

Martin Rücker, E-Mail: presse@foodwatch.de, Tel.: +49 (0)30 /
24 04 76 – 2 90